

11. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

18. Juni 1947.

107/J

A n f r a g e

der Abgeordneten L a g g e r, W a l c h e r, R o m und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen,
betreffend Weisungen an die ihm unterstellten Finanzbeamten.

-.-.-.-

In einem Kärntner Tagblatt erschien am 23. Mai d. J. ein Artikel, in dem auf den Beamtenanwärter der Finanzlandesdirektion in Klagenfurt, Ernst A l t h o f f, verwiesen wurde, der Sperrguthaben gegen eine 10 %ige Provision flüssig zu machen imstande war. Als dies bekannt wurde, schritt man zu seiner Verhaftung und stellte die Anklage auf Mißbrauch der Amtsgewalt. In dem Zeitungsaufsatz heißt es nun wörtlich: "Das Beweisverfahren ergab, daß die Vermittlertätigkeit der Angestellten der Finanzlandesdirektion, die auf die Flüssigmachung der Sperrkonten Bezug hatte, zu den ü b l i c h e n, wenn auch nicht gesetzlichen, so doch nicht strafwürdigen Gepflogenheiten zählte." Althoff wurde auf Grund dieser Feststellung freigesprochen.

Dieser Fall hat die grösste Beunruhigung in der Kärntner Bevölkerung ausgelöst, besonders auch deshalb, weil es auf diese Weise mühelos möglich wäre - und solche Fälle sind bekannt geworden -, sehr hohe Beträge vom Sperrguthaben freizubekommen, während sich die Beamten für kleine Sparer kaum bemühen würden, da die Verdienstmöglichkeiten wenig Anreiz zu bieten vermögen. Aber auch die Beamtenschaft der Finanzlandesdirektion Klagenfurt will nicht in Verdacht kommen, unreelle Manipulationen durch Annahme von Provisionen zu begehen.

Der Freispruch für Althoff hat bisher keinerlei sonstige Aufklärung gefunden, und auch das Finanzministerium hat die Möglichkeit einer Vermittlertätigkeit gegen Provisionen durch Finanzbeamte in keiner Weise bestritten oder dementiert.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Finanzminister folgende

A n f r a g e :

- 1.) Ist es wahr, dass die Beamten der Finanzlandesdirektionen die Möglichkeit haben, die Aufhebung von Sperrguthaben gegen Provisionen zu vermitteln?
- 2.) In welchem Ausmasse ist dies bisher geschehen und in welcher Form will der Minister die Finanzbeamten vor dem Verdacht unreeller Manipulationen schützen ?

-.-.-.-